



# Subventionen: Ein Fass ohne Boden

## BdSt fordert eine verbindliche Subventionsbremse

Die Ampel hat zu Regierungsantritt versprochen, die Subventionsflut zu stoppen, indem überflüssige, unwirksame sowie umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abgebaut werden. Davon ist weit und breit nichts zu sehen! Der neue Subventionsbericht des Bundes offenbart das enorme Ausmaß der Staatshilfen.

Bundesfinanzminister Christian Lindner pocht auf ein Zurückfahren der Staatsausgaben – der Bund müsse Prioritäten setzen und zur finanziellen Normalität zurückfinden, inklusive Einhaltung der Schuldenbremse. Doch während das Tauziehen um Mini-Etatkürzungen in politischen Scharmützeln endet, findet ein Ausgabenblock aus BdSt-Sicht viel zu wenig Beachtung: Die Subventionen des Bundes. Neue Daten des Bundesfinanzministeriums offenbaren die Ausgabenfreude der Ministerien. 2023 und 2024 erklimmen die Subventionen jeweils neue Rekorde – 2024 summieren sich laut Subventionsbericht die Steuervergünstigungen und Finanzhilfen auf zusammen mehr als 67 Mrd. Euro. Vor allem die Entwicklung der Finanzhilfen ist sehr kostspielig: Für kommendes Jahr plant der Bund hierfür Ausgaben von knapp 49 Mrd. Euro im Bundeshaushalt und in seinen Sondervermögen ein – eine Versechsfachung gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 mit Ausgaben von rund 8 Mrd. Euro!

### Milliarden abseits des Bundesetats

Als zentrale Spielweise hat die Ampel den Klima- und Transformationsfonds (KTF) auserkoren – ein schuldenfinanziertes Sondervermögen abseits des Bundesetats –, der immer mehr Subventionen schultern muss – weshalb dessen Finanzplan inzwischen völlig überbucht ist. Taktischer Grund: Auf diese Weise kann der Bundeshaushalt von milliardenschweren Subventionslasten freigehalten werden – die formale Einhaltung der Schuldenbremse gelingt einfacher. Die Folge: Bezogen auf das Finanzvolumen der 12 größten Finanzhilfen sollen 2024 bereits 88 % über den KTF abgewickelt werden, lediglich 12 % über den klassischen Bundeshaushalt!

### Ampel ignoriert Leitlinien

Aufgrund der neuerlichen Rekordmarken erneuerte der BdSt umgehend seine Forderung nach einer effektiven Subventionsbremse,

um die angespannte Finanzlage des Bundes nicht weiter zu verschärfen. Denn trotz klarer „Leitlinien der Subventionspolitik der Bundesregierung“, die ein unkontrolliertes Anschwellen der Staatshilfen eigentlich verhindern sollen, schafft die Ampel entgegengesetzte Fakten, kritisiert der Steuerzahlerbund. Zudem sollten mit Blick auf das Höchstvolumen der Subventionen weitere Gedankenspiele für neue Finanzhilfen, wie zum Beispiel ein hochsubventionierter Industriestrompreis, umgehend beendet werden. Für den BdSt ganz klar: Die subventionspolitischen Leitlinien brauchen mehr Verbindlichkeit, schließlich haben 2015 alle Ministerien die sinnvollen Maßgaben zur Begrenzung der Subventionen mitbeschlossen – und diese Zustimmung gilt bis heute! Deshalb muss die Ampel-Subventionspolitik nach dem Prinzip ‚Wünsch dir was‘ beendet werden. Die Missachtung der Subventions-Grundsätze durch die Ministerien geht so weit, dass Befristungen fehlen, keine degressive Ausgestaltung von Finanzhilfen stattfindet und Förderziele nur schwer mess- und kontrollierbar sind. Problematisch vor allem aber ist, dass neue Subventionen nicht, wie von den Leitlinien vorgegeben, durch „Einsparungen unmittelbar, dauerhaft und vollständig“ an anderer Stelle im Haushalt gegenfinanziert werden. An dieses Prinzip hält sich kein Ressort!

### Subventions-Europameister

Das Resultat: Die Anzahl der diversen Finanzhilfen hat sich seit Einführung der subventionspolitischen Leitlinien 2015 unkontrolliert von 63 auf jetzt 138 mehr als verdoppelt, die Anzahl der verschiedenen Steuervergünstigungen ist von 100 auf 108 gestiegen. Auch EU-weit ist Deutschland mit Abstand Subventions-Europameister, wenngleich der europarechtliche Beihilfebegriff anders abgegrenzt wird (und beispielsweise auch Bürgschaften umfasst) als der Subventionsbegriff des Bundes in seinem Subventionsbericht. Doch Fakt im europäischen Vergleich ist, dass die hierzulande ausgereichten staatlichen Beihilfen zuletzt das gesamte Beihilfe-Volumen von Frankreich, Italien und Spanien überstiegen – ein Rekord, den die Steuerzahler teuer zu bezahlen haben! So weist der Subventionsbericht aus, dass Deutschland 2021 Beihilfen im Umfang von mehr als 121 Mrd. Euro gewährte, gefolgt mit großem Abstand von Frankreich mit 63 Mrd. Euro, Italien mit knapp 32 Mrd. Euro und Spanien mit rund 20 Mrd. Euro Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de